



CDU Fraktion Baden-Baden

Hansjürgen Schnurr * Vincentstraße 31 * 76530 Baden-Baden

Frau Oberbürgermeisterin
Margret Mergen
Stadtverwaltung Baden-Baden
Marktplatz 2
76530 Baden-Baden

03.05.2019

Kameraüberwachung von Glascontainerstandorten

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Mergen,

auf unseren Antrag vom 22.03.2019 zu den Glascontainerstandorten möchten wir Bezug nehmen. Erneut bitten wir darum, diesen Antrag bei der Beratung im kommenden Gemeinderat den Unterlagen beizufügen.

Wir unterstützen nachhaltig die Vorgehensweise der Verwaltung und die Beschlussvorlage.

Im Bau- und Umlegungsausschuss gestern wurde die von uns immer wieder vorgetragene Kameraüberwachung diskutiert. Dazu verweise ich auf die Ausführungen des Landesbeauftragten für Datenschutz und Dateninformationsfreiheit „Videoüberwachung durch öffentliche Stellen in Baden-Württemberg“.

Danach ist eine Videoüberwachung von Containerstandorten als öffentlicher Einrichtungen möglich, wenn eine konkrete Gefahrenlage vorliegt, die Maßnahme geeignet ist, diese zu vermeiden und diese auch angemessen ist.

Dies möchten wir zumindest den Brennpunkten, die allseits bekannt sind, attestieren.

Vincentstraße 31
76530 Baden-Baden
Telefon 0 72 21 / 99 64 16
Telefax 0 72 21 / 99 64 17

E-Mail: info@hansjuergen-schnurr.de
Internet: www.cdu-fraktion-baden-baden.de

Durch die wilden Müllablagerungen kommt es zu großen Umweltgefahren, die der Öffentlichkeit überdies hohe Kosten durch die Beseitigung auferlegt. Da diese Müllablagerungen wiederholt festgestellt wurden, handelt es sich nicht nur um eine abstrakte, sondern um eine konkrete Gefährdung.

Aus diesem Grunde beantragen wir:

1. Zur Einhaltung des Grundsatzes des geringsten Mittels, zunächst probeweise die von uns vorgeschlagenen Leuchten mit Bewegungsmelder an den Brennpunkten aufzustellen.
2. Nach einem halben Jahr zu evaluieren, wie sich die Situation an den Standorten verändert hat. Dazu sind während dieser Probezeit Aufzeichnungen (auch fotografisch) zu erstellen, um die Entwicklung aufzeigen zu können.
3. Falls sich keine oder keine signifikante Änderung ergeben hat, mit dem Landesbeauftragten für Datenschutz Kontakt aufzunehmen und eine Beratung zur Einführung einer Videoüberwachung der Brennpunkte der Glascontainerstandorte einzuholen und dann auch umzusetzen.

Wir sind sicher, dass alle sich ordnungsgemäß verhaltenden Bürger für diese Maßnahme Verständnis hätten, da nicht nur die Umwelt geschädigt, sondern auch die Müllgebühren und damit auch die Kosten für die Entsorgung des Mülls bei den Glascontainerstandorten die Bürgerschaft zu tragen hat.

Wir möchten Sie bitten, diese Vorschläge im Gemeinderat am kommenden Montag zur Beschlussfassung vorzustellen und dafür diesen Antrag den Beratungsunterlagen der Vorlage 19.117 beizufügen.

Vielen herzlichen Dank für Ihre Bemühungen.

Freundliche Grüße

Hansjürgen Schnurr